

5. Zusammenfassung und Fazit

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der muslimischen einschließlich alevitischen Gemeinden und veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für ihre Arbeit bietet die vorliegende Studie eine aktuelle Übersicht der Merkmale und Ressourcen der Gemeinden, ihrer religiösen und sozialen Angebote sowie ihrer gesellschaftlichen Offenheit und lokalen Einbindung. Die Studie geht von der Existenz von etwa 2.600 muslimischen einschließlich alevitischen Gemeinden mit Räumlichkeiten für religiöse Veranstaltungen in Deutschland im Jahr 2022 aus, in denen rund 2.300 Imame oder Dedes tätig sind.

Auf dem Organisationsfeld zeigen sich in den letzten Jahren, seit der Vorgängerbefragung 2011, keine erheblichen Veränderungen hinsichtlich repräsentierter Glaubensrichtungen und Verbandszugehörigkeiten. Der Anteil der Neugründungen seit 2011 im Umfang von 5% der befragten Gemeinden ist eher gering. Die Fluchtzuwanderung seit 2015 schlägt sich eher in einer Diversifizierung der Nutzer*innenherkünfte und einer größeren Reichweite länger bestehender Organisationen nieder als in einem dynamischen Gründungsgeschehen. Die Prägung der Organisationslandschaft durch sunnitische Gemeinden mit dominierend türkeistämmigen Nutzer*innen und den entsprechenden Verbandszugehörigkeiten zu DİTİB, IGMG und VIKZ besteht dabei nach wie vor, wenn auch weniger stark. Identitärer, intergenerationaler oder religiöser Wandel in Form neuer Gemeinden zeigt sich kaum.

Ebenso wie hinsichtlich der Gemeindelandschaft ist auch die Veränderung der religiösen und sozialen Dienstleistungen nicht durchgreifend, auch wenn sich das Angebot durchaus punktuell wandelt. Analog zu 2011 erweisen sich strukturelle Ressourcen wie Gemeindegröße und Organisationsdifferenzierung als die maßgeblichen Voraussetzungen für ein vielfältiges soziales Angebot. Dieses Angebot konzentriert sich heute in den Bereichen Sport und Freizeitgestaltung – mit einem Ausbau der diesbezüglichen Dienstleistungen – sowie Hilfe und Beratung. Zugleich ist an einer veränderten Abteilungsstruktur innerhalb der Gemeinden erkennbar, dass der Senior*innenarbeit in Reaktion auf die sich wandelnde Altersstruktur der muslimischen Bevölkerung wachsende Bedeutung beigemessen wird und die Gemeinden ihre diesbezügliche gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen. Bemerkenswert ist, dass die Gemeinden zahlreiche zusätzli-

che Angebote für Geflüchtete unterbreiten, ohne dass die anderen sozialen Dienstleistungen in nennenswertem Umfang zurückgegangen wären. Die Unterstützung der Geflüchteten wird also zusätzlich zu den umfangreichen sozialen Aufgaben geleistet.

Die sozialen Angebote werden weit überwiegend durch Eigenmittel der Gemeinden finanziert, weniger als jede zehnte Gemeinde erhält hierfür öffentliche Fördermittel durch Kommune, Land oder Bund, wobei alevitische Gemeinden hiervon stärker profitieren. Insgesamt war die Fluchtmigration eher kein Schub für eine öffentliche Förderung, und auch davon abgesehen bleibt diese, im Vergleich mit dem säkularen MO-Feld, trotz generell verbesserter Berücksichtigung von MOs in der öffentlichen Förderung eher gering. Abzuleiten ist aus diesem Befund nicht nur die Notwendigkeit der Vereinfachung von Förderanträgen, des Ausbaus von Fördermöglichkeiten und der Qualifizierung von Personal, um solche Förderangebote wahrnehmen und umsetzen zu können, sondern ggf. auch des weiteren Abbaus von Vorbehalten öffentlicher Mittelgeber gegenüber den Gemeinden. Dabei ist aber, analog zum Forschungsstand, die besondere Multifunktionalität der Gemeinden an der Schnittstelle von Religionsausübung und sozialer Betreuung ins Kalkül zu ziehen, die per se andere Voraussetzungen bedeutet als bei MOs allgemein. Zumindest ist zu hinterfragen, welcher Umfang öffentlicher Projektförderung im Bereich soziale Dienstleistungen für die Gemeinden unter den gegebenen Bedingungen realistisch und auch gewünscht ist.

Die veränderte gesellschaftliche Haltung gegenüber DİTİB in der Folge der Autokratisierung der Türkei schlägt sich nicht in einem Ausschluss der Gemeinden aus kommunalen Netzwerken nieder. Ebenso deuten die gesellschaftliche Offenheit und die Angebotsvielfalt der DİTİB-Gemeinden nicht in Richtung Rückzug oder Abschottung.

Problematisch und nicht unbedingt erwartet ist ein merklicher Rückgang der Aktivitäten der Gemeinden im interreligiösen Dialog. Dieser Befund zeigt auch deshalb Handlungsbedarf an, weil der Austausch der Gemeinden mit Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften trotz Rückgangs noch immer die häufigste Art lokaler Kooperation und damit in gewissem Umfang konstitutiv für die lokale Netzwerkbildung ist, was die Einschätzung von Körs/Nagel (2018) bestätigt. Eine diesbezügliche Trendumkehr wäre daher ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel. Wie bei allen Kooperationen gilt aber natürlich, dass sie der Möglichkeit und Bereitschaft von zwei Seiten bedürfen, und die vorliegende Studie belegt, dass die Corona-Beschränkungen die Aktivitäten der Gemeinden in großem Umfang belastet

haben. Selbiges wird auch aus der Perspektive der Kooperationspartner gelten, im Falle der Kirchen kommt aber möglicherweise noch der Aspekt hinzu, dass speziell die katholische Kirche in den Jahren seit 2011 zunehmend interne krisenhafte Entwicklungen bei sinkenden Mitgliederzahlen verarbeiten musste, was nicht unbedingt die Verfügbarkeit von Ressourcen für und das Interesse am Dialog mit den Muslim*innen gefördert haben mag.

Durchaus verbreitete Erfahrungen mit Diskriminierung oder Islamfeindlichkeit beeinträchtigen die Kooperationen nicht, analog zu den Befunden von Klie (2022). Als bedeutend erweisen sich auch bezüglich der lokalen Kooperationen wie 2011 strukturelle Ressourcen und die Verfügung über qualifiziertes Personal sowie die Wahrnehmung von Qualifizierungsangeboten. Ebenso geht eine öffentliche Projektförderung mit einer ausgeprägten Vernetzung einher.

Die Kooperation der Gemeinden auf lokaler Ebene funktioniert zumeist ohne Schwierigkeiten, von gescheiterten Kooperationen wird eher selten berichtet, obwohl im Forschungsstand referierte Fallstudien berichten, dass Aushandlungsprozesse und Konflikte durchaus die Zusammenarbeit kennzeichnen können (siehe z.B. Meyer/Ziegler 2018). Ebenfalls nur selten – und seltener als 2011 – sind keinerlei Kooperationen zu verzeichnen, doch sind die Kooperationen heute weniger breit als 2011. Eine Wirkung der zunehmenden Geflüchtetenarbeit ist insofern erkennbar, als (vielfältige) Angebote für Geflüchtete mit einer breiten lokalen Netzwerkeinbindung zusammenhängen, was dem diesbezüglichen Forschungsstand entspricht. Die Zusammenarbeit mit Integrationsräten, politischen Parteien und kommunalen Gremien wird noch am ehesten konflikthaft bewertet. Neben unterschiedlichen Auffassungen zur Durchführung von Projekten beklagen die Gemeinden geringes Interesse an der Zusammenarbeit, Vorurteile und fehlende Augenhöhe. Bemerkenswert ist die häufig positive Beurteilung der Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden, wobei laut Ceylan/Charchira (2019) die Wohlfahrtsverbände den Einbezug der Gemeinden gerade in die Arbeit mit Geflüchteten zwar befürworten, aber auch denkbar gewesen wäre, dass sich ein Konkurrenzverhältnis negativ auf die Erfahrungen in der Kooperation auswirkt, was seitens der Gemeinden aber kaum der Fall ist.

Die grenzüberschreitende innerreligiöse Vernetzung ist nach wie vor wenig prägend für die Arbeit der Gemeinden. Die Befunde sind wegen des Einflusses der Corona-Beschränkungen auf die Vernetzung schwer zu interpretieren, lassen aber kaum Zeichen zunehmender grenzüberschreitender

Verflechtungen in der Breite erkennen, aber auch nicht das Gegenteil. Auch besteht kein negativer Zusammenhang zwischen öffentlicher Förderung und grenzüberschreitenden Kontakten, der für eine „Nationalisierung“ der Gemeinden in Abhängigkeit von guten Gelegenheitsstrukturen in Deutschland sprechen würde.

Ohne die Corona-Beschränkungen wären Angebote und Kooperationen der Gemeinden heute womöglich deutlich vielfältiger. Für drei Viertel der Gemeinden haben diese Beschränkungen eine Verringerung von Angeboten und für die Hälfte eine Reduktion von Kooperationen bedeutet. Zwar verloren die Gemeinden während der Pandemie selten Mitglieder, doch büßten sie häufig Nutzer*innen und ehrenamtlich Mitarbeitende ebenso wie finanzielle Unterstützung ein. Dabei ist aber ein Digitalisierungsschub zu verzeichnen, wobei kleine Gemeinden mit wenigen Ressourcen seltener negative Folgen spürten als große und ressourcenstarke, aber sich auch seltener digitalisierten. Die vom KRM zur Verfügung gestellten Informationsmaterialien zum Umgang mit der Pandemie wurden von einer breiten Mehrheit der Gemeinden genutzt.

Die Studie erlaubt neben der Betrachtung der strukturellen Ressourcen, die sich hinsichtlich der Organisationsdifferenzierung und durch größere Reichweiten seit 2011 leicht verbessert haben, zusätzlich eine genauere Analyse der personellen Ressourcen als 2011. Die Gemeindearbeit wird überwiegend durch ehrenamtliches Personal geleistet, oft gibt es in den Gemeinden keinen oder nur einen hauptamtlich Mitarbeitenden – meist ist dies der Imam oder Dede. Nur gut ein Drittel der Gemeinden verfügt neben dem Imam oder Dede über weitere, meist wenige hauptamtlich Mitarbeitende, die dann häufig eine handwerkliche, (sozial-)pädagogische oder verwaltungsbezogene Qualifikation aufweisen. Die Zahl der ehrenamtlich Aktiven liegt deutlich darüber, wobei diese erwartungsgemäß mit der Gemeindegröße korreliert. Zwar ist ein Teil der Ehrenamtlichen über eine berufliche Tätigkeit, Ausbildung oder Weiterbildung für die Tätigkeit in der Gemeinde qualifiziert, doch häufig fehlt eine tätigkeitsbezogene Qualifikation auch noch, die für ein vielfältiges soziales Angebot und eine breite lokale Kooperation hilfreich ist. Dabei erweist sich eine Verbandszugehörigkeit als wichtige Ressource für Weiterbildungsangebote des ehrenamtlichen Personals, da viele Angebote von den Verbänden unterbreitet werden. Andere Angebote der Aus- oder Weiterbildung von ehren- und hauptamtlichem Personal werden zwar in geringem Umfang wahrgenommen, könnten aber noch breiter genutzt werden, wobei sich Kooperationen mit der Verbandsebene anbieten, um Zugang zu solchen Angeboten zu

schaffen. Der positive Zusammenhang eines vielfältigen sozialen Angebots und der Wahrnehmung von Qualifizierungsmaßnahmen unterstreicht die Bedeutung von Aus- oder Weiterbildungsangeboten für ehren- und hauptamtliches Personal der Gemeinden.

Die Situation der Imame ist nach wie vor durch ungesicherte und oft befristete Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet. Viele der Religionsbediensteten sind noch immer im Ausland sozialisiert und ausgebildet und für kurze Zeit nach Deutschland entsandt, insbesondere DİTİB-Imame – mit der Konsequenz schlechter Deutschkenntnisse und eines großen Fortbildungsbedarfs. Dennoch beginnen sich die neuen Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland im religiösen Personal der Gemeinden niederzuschlagen. Die ausgeprägte Einbindung der Imame und Dedes auch in die nichtreligiöse Arbeit der Gemeinden besteht dessen ungeachtet fort und verringert sich auch nicht bei der Verfügung über viel Ehrenamt und viel Hauptamt für die Arbeit, was darauf hinweist, dass die Geistlichen auch für die sozialen Dienstleistungen grundsätzlich nicht verzichtbar sind. Die Ergebnisse unterstreichen die große Bedeutung der Imame und Dedes für die soziale Gemeindearbeit und die lokale Kooperation der Gemeinden, für die sie in der Regel jedoch nicht ausgebildet sind. Auch wenn nicht selten bereits Fortbildungsangebote durch die Imame und Dedes wahrgenommen wurden, besteht in ihrer Qualifizierung für die sozialen Dienstleistungen damit noch ein wichtiges Handlungsfeld.

Die Offenheit der Gemeinden gegenüber der Gesellschaft ist im Vergleich zu 2011 gewachsen, was sich – nicht zuletzt aufgrund der steigenden Herkunftsheterogenität – vor allem in der Verwendung der deutschen Sprache bei religiösen Veranstaltungen, dem höheren Frauenanteil und der Teilnahme von Nichtmuslim*innen an sozialen Angeboten zeigt. Die Offenheit wird entgegen der Erwartung nicht durch die verbreitet erlebten Anfeindungen der Gemeinde durch das soziale Umfeld oder persönliche Diskriminierungserfahrungen getrübt, im Gegenteil.

Die Ergebnisse zum Einbezug von Frauen in die Gemeinden sind aber ambivalent. Eine sehr positive Entwicklung ist, dass Frauen heute sehr viel häufiger von den Gemeinden erreicht werden und Angebote nutzen. Auch übernehmen Frauen in der Hälfte der nicht alevitischen Gemeinden Aufgaben der religiösen Betreuung, in den Cem-Häusern sogar noch häufiger. Andererseits ist das geschlechterübergreifende Angebot für Kinder und Jugendliche zurückgegangen. Personelle Ressourcen sind bedeutsam, damit eine weitere gesellschaftliche Öffnung auch praktisch umgesetzt werden kann.

Im Vergleich zu 2011 haben sich die Gelingensbedingungen für ein vielfältiges soziales Angebot, für gesellschaftliche Offenheit und für eine breite lokale Netzwerkeinbindung nicht grundsätzlich verändert: Strukturelle Ressourcen sind das entscheidende erklärende Merkmale, wobei eine Verbandsmitgliedschaft als solche ebenfalls als Ressource aufzufassen ist, etwa für die Weiterbildung. Darüber hinaus erweisen sich die 2011 nicht erhobenen personellen Ressourcen und insbesondere die Qualifikation von ehrenamtlich Mitarbeitenden als wichtige, die Arbeit fördernde Faktoren.

Aus den Ergebnissen lassen sich die folgenden Empfehlungen ableiten:

- Die Gemeinden sollten in der Breite gefördert werden.
- Aus- und Weiterbildungsangebote für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende der Gemeinden einschließlich Imame und Dedes sollten ausgebaut und zielgerichtet vermittelt werden.
- Als Kooperationspartner für Weiterbildungsangebote bieten sich die Verbände an.
- Die Weiterbildungsangebote sollten auch Netzwerkarbeit, Förderlandschaft und Antragstellung sowie Projektmanagement abdecken.
- Förderprogramme sollten so konzipiert werden, dass auch kleinere Gemeinden ohne hauptamtliche Fachkräfte davon profitieren können.
- Förderanträge sollten vereinfacht und Unterstützung bei der Antragstellung sollte ausgebaut werden.
- Potenzielle Kooperationspartner sollten ihre Erwartungen reflektieren und dabei die Voraussetzungen und Ressourcen der Gemeinden ins Kalkül ziehen. Dabei gilt es, soweit generalisierte Skepsis gegenüber der Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden vorhanden ist, diese zu überwinden. Die Förderung insbesondere durch die Öffentliche Hand sollte einerseits mögliche Bedrohungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch einzelne Organisationen ins Kalkül ziehen, andererseits aber auch Wege finden, eine breitere Förderung muslimischer einschließlich alevitischer Organisationen zu verwirklichen und damit den Rückstand zum säkularen migrationsbezogenen Organisationfeld zu verringern.
- Der interreligiöse Dialog bedarf neuer Impulse.
- Über die stärkere Einbeziehung in kommunale Gremien und Ausschüsse können Teilhabe und Vertrauen ebenso wie die lokale Kooperation verbessert werden.